LATEINAMERIKA 22.10.2026 | Svenja Blanke

Die Freiheit der Reichen

Tech-Milliardäre experimentieren in Lateinamerika mit Privatstädten. Hier wollen sie die Regeln selbst bestimmen – ohne demokratische Kontrolle.

Wir unterschätzen historische Veränderungen – nicht weil wir zu wenig wissen, sondern weil wir die Zukunft für eine Fortsetzung der Gegenwart halten. Unsere gegenwärtige Zeit wird als Epochenbruch oder Interregnum gewertet. Wo also sind diese Brüche auch im Kleinen schon erkennbar, wo findet die Zukunft schon statt? Auch wenn es abgelegen erscheint, Lateinamerika ist ein Versuchsfeld für Modelle privater Herrschaft ohne demokratische Kontrolle. Natürlich nicht ganz Lateinamerika, sondern Mini-Enklaven in Honduras, Nicaragua, Venezuela, vielleicht auch bald Uruguay und Argentinien. Klingt sehr weit entfernt. Hat aber viel mit der europäischen und US-amerikanischen Gegenwart zu tun. Und hat so einige Anhänger in Deutschland.

Während in Europa über Wohnraumkrise und Wettbewerbsfähigkeit debattiert wird, sind in experimentierfreudigen ideologisch aufgeladenen Mikrokosmen Selbstverständlichkeiten wie Mietverträge, Mieter- und Verbraucherschutz schon längst abgeschafft.

Próspera, Veritas Village, CryptoCity, Praxis, Xcity – die Namen sind für das westliche Ohr klangvoll, verheißend. Diese Privat-Enklaven sind Experimente, künstliche Habitate für „freies“ Unternehmer- und Start-up-tum, die sich losgelöst von staatlichen Gesetzen und Verpflichtungen entfalten wollen. Privatstädte à la Próspera in Honduras, das wohl bekannteste Modell, ziehen Tech-Start-ups, Kryptofanatiker und allen voran Libertäre an, die keine Steuern zahlen wollen. Diese Experimente sind disruptiv oder visionär je nach Sichtweise, aber vor allem libertär und neokolonialistisch: Der betreffende Staat wird durch private Verträge ausgehebelt; es handelt sich um hochentwickelte Inseln inmitten ärmerer Regionen. Die lokale Bevölkerung profitiert selten von der High-Tech-Infrastruktur. Im Prinzip nutzt das Geschäftsmodell staatliche Schwäche, Instabilität und Finanznot aus. Manche Pioniere geben das offen zu.

Próspera hat die Befugnis, ein eigenes Rechtssystem, eigene Gerichte, eine eigene Polizei, eigene Steuergesetze und Vorschriften zu schaffen.

Próspera, eine Sonderentwicklungszone, die von dem US-Unternehmen Honduras Próspera Inc. betrieben wird, liegt auf der honduranischen Karibikinsel Roatán. Tech-Milliardäre wie Peter Thiel, Sam Altman und Marc Andreessen sollen sich beteiligt haben. Circa 1 700 Personen haben laut Eigenaussage die *residency* erworben, mit einer Zahlung von 5 000 US-Dollar Pauschalsteuer kann man mitmachen. Dafür muss man auch nur mindestens sieben Tage im Jahr vor Ort sein. Der Steuersatz liegt bei einem Prozent des Bruttoeinkommens eines Unternehmens, während er national bei etwa 25 Prozent liegt. Próspera wurde 2017 als Sonderwirtschaftszone von Honduras legalisiert. Es muss sich nicht an honduranische Gesetze halten, hat die Befugnis, ein eigenes Rechtssystem, eigene Gerichte, eine eigene Polizei, eigene Steuergesetze und Vorschriften zu schaffen.

Während das Projekt von rechten Regierungen in Honduras stets unterstützt wurde, beschloss die linke Regierung unter Xiomara Castro 2022, Próspera zu schließen. Der honduranische Kongress hob am 20. April 2022 das Gesetz auf, das die Sonderwirtschaftszone möglich gemacht hatte. Als Reaktion darauf reichte Próspera eine Klage gegen den Staat Honduras wegen Verletzung der Investitionsrechte und der Rechtssicherheit in Höhe von 10,7 Milliarden US-Dollar – etwa ein Drittel des honduranischen BIP – ein. Zwar erklärte das Oberste Verfassungsgericht das Sonderzonengesetz 2024 für verfassungswidrig und die Klageforderung wurde später deutlich reduziert. Noch ist aber unklar, wie es weitergeht. Denn seit Januar 2026 sitzt wieder eine sehr konservative Rechte im Präsidentensattel und damit ist der Versuch, Próspera zu stoppen, vorerst zum Scheitern verurteilt. Auch hier, wie in anderen Ländern Lateinamerikas, mischte sich die Trump-Regierung mit einseitiger Unterstützung für den rechten Kandidaten Nasry Asfuera in die Wahlen ein.

Von deutscher Seite ist in Próspera Titus Gebel involviert, Gründer der Free City Foundation, und Fürsprecher für privat organisierte „Stadtstaaten“, die sich der demokratischen Kontrolle entziehen. Damit zeigt Próspera, wie weit der Konflikt zwischen privater Selbstverwaltung und staatlicher Souveränität gehen kann. Andere Projekte verfolgen ähnliche Ziele, setzen dabei jedoch unterschiedliche Schwerpunkte.

CryptoCity auf der venezolanischen Insel Margarita ist ein weiteres Projekt, das seit 2023 um Unternehmer wirbt und sich in der Bauphase befindet. Laut Website wird CryptoCity dezentral, autonom und digital verwaltet. Jeder Grundstückseigentümer kann mitentscheiden und mitinvestieren. Mitbestimmung ist also an Eigentum gebunden. Die politischen Beweggründe sind eindeutig formuliert: „Wir sind der festen Überzeugung, dass Deutschland auf dem absteigenden Ast ist. Wir weigern uns, die schleichende Enteignung und Entmündigung hinzunehmen. Wir lassen Krieg, übertriebene Steuern, Unsicherheit durch unqualifizierte Migration und grüne Politik hinter uns." Gründer Tim Stern bringt die Haltung auf den Punkt: „Solange man nur aus Europa verschwindet, ist jedes Land in Lateinamerika großartig. Und dann findet man eine gute Ehefrau und ist glücklich."

Die Experimente sind divers. Veritas Villages ist ein Netzwerk von unabhängigen, privat organisierten Enklaven, die eher an unternehmerisch-organisiertes Querdenkertum erinnern. Die Villages akzeptieren die staatlichen Verwaltungsstrukturen, streben aber nach praktischer Freiheit und Selbstverwaltung, vor allem bei der Energie- und Wasserversorgung und Finanzwirtschaft. Das Netzwerk umfasst schönste Küsten- und Urlaubsorte in Nicaragua, Panama und Costa Rica. Weitere Standorte in Belize, Honduras, El Salvador, Mexiko, Ecuador und Argentinien sind geplant.

Andere Experimentierräume wie BitcoinCity in El Salvador sind hingegen trotz großer Ankündigung bislang kaum über die Planungsphase hinausgekommen. Auch bei Praxis in Uruguay und Xcity in Argentinien bleibt offen, wie viel von den großen Versprechen Realität wird. Praxis versteht sich als eine Art „digitale Nation", bei der es neben dem Unternehmertum auch um den Aufbau einer neuen Gesellschaft geht. Am 22. September 2026 kündigte Praxis an, seine erste physische Niederlassung innerhalb des Stadtentwicklungsprojekts +Colonia in Uruguay aufzubauen. Weggefährten in der Free City Foundation scheinen leicht enttäuscht, da „der Status als Sonderverwaltungsgebiet nach uruguayischem Recht weit von der einst versprochenen selbstverwalteten Stadt entfernt ist". Ob daraus tatsächlich eine weitgehend selbstverwaltete Enklave werden kann, bleibt angesichts des starken uruguayischen Staates abzuwarten.

Xcity, das jüngste Beispiel, möchte im argentinischen Nordwesten eine KI-basierte Stadt bauen, in der man mit entsprechendem Investment auch die argentinische Staatsbürgerschaft erwerben kann. Außerdem versucht das Projekt laut einer Recherche von Tengo Data bei der argentinischen Regierung Teilbefugnisse zur Selbstverwaltung zu beantragen. Bisher ist Xcity eine ambitionierte private Investition, mit

einem chinesischen Unternehmer als zentralem Akteur, die die neuen libertären Regularien unter dem Präsidenten Javier Milei ausnutzt. Ob auch neue Formen privater Selbstverwaltung ausprobiert werden, muss sich noch erweisen.

Nicht alle Projekte sind also gleichermaßen radikal oder überhaupt schon Realität. Gemeinsam ist ihnen jedoch der Versuch, unternehmerische Interessen möglichst weitgehend von staatlichen Vorgaben zu lösen. Unternehmerische Pioniere des Globalen Nordens inklusive China schaffen sich einen Standort außerhalb der von ihnen als überreguliert empfundenen eigenen demokratischen Gesellschaften. Dafür nutzen sie staatliche Schwächen und Finanznot oder, wie in Argentinien, die Spielräume libertärer Politik.

Die Enklaven in Lateinamerika geben uns Einblicke in eine mögliche Zukunft.

Die Eliten betreiben eine Sezession. Techno-Milliardäre und Geschäftsleute, die keine Lust mehr auf Gemeinschaft, auf das Kollektiv haben, treiben ihre Vision einer Welt voran, die sich an Profitlogik im libertären Rahmen orientiert. Während Musk solche Visionen auf dem Mars verfolgt, erproben seine irdischeren Gesinnungsgenossen bereits private Governance-Modelle, die wirtschaftliche Macht und Selbstregulierung aus demokratisch verfassten staatlichen Räumen herauslösen sollen. Selbst wenn sie wie Vereine oder Privatclubs Mitgliederdemokratie betreiben, errichten sie gleichzeitig eine Grenze, die den Zugang dazu beschränkt. Wer außerhalb dieser exklusiven Gemeinschaft steht, aber von ihren Entscheidungen betroffen ist, hat keine Stimme. Der entscheidende Punkt hier ist, ob politische Gleichheit ein universelles Recht ist oder ein Privileg, das nur den Mitgliedern einer Gemeinschaft zusteht.

Die Enklaven in Lateinamerika geben uns Einblicke in eine mögliche Zukunft. Ideen dazu zirkulieren auch bei Ultrarechten und in libertären Kreisen in Deutschland. Dabei geht es nicht darum, ob solche Projekte wirtschaftlich erfolgreich sind. Entscheidend ist, wer ihre Regeln festlegt und wer sich ihnen unterwerfen muss, ohne mitentscheiden zu dürfen.

Die Entkoppelung privater Macht von demokratischer oder zumindest staatlicher Kontrolle ist eine reale Gefahr, nicht eine Chance für Entwicklung und Wohlstand. Libertäre Antidemokraten nutzen

Lateinamerika als Versuchslabor. Während wir noch verstört auf das anarcho-kapitalistische Experiment in Argentinien starren oder zu langsam die Donroe-Doktrin anprangern, konkretisieren sich immer mehr private Enklaven. Dass Tempo zieht an im wiederbelebten US-amerikanischen „Hinterhof“, die Zukunft organisiert sich nach eigenen Regeln. Es ist der nächste logische Schritt des von libertären und ultrarechten Politiken vorangetriebenen Rückbaus demokratisch erkämpfter Rechte: Wo politische Gleichheit an Mitgliedschaft oder Eigentum gebunden wird, droht Demokratie von einem universellen Prinzip zu einer exklusiven Vereinbarung für Auserwählte zu werden.



Svenja Blanke
Montevideo

Dr. Svenja Blanke leitet das FES-Büro in Uruguay. Zuvor war sie Leiterin des Referats Lateinamerika/Karibik in Berlin und Vertreterin der FES in u.a. Argentinien und Mexiko.